Gesetzes- u. Verordnungsblatt

der Evangelischen Landeskirche in Baden

Ausgegeben

Karlsruhe, den 20. Februar

1959

Inhalt:

	Seite		Seite
Verordnung zur Durchführung der kirchlichen Wahlordnung	5	Bekanntmachung: Die Mitglieder des Landeswahlausschusses	14

* Verordnung zur Durchführung der kirchlichen Wahlordnung.

Vom 11. 2. 1959

Az. 11/0

Auf Grund des § 34 Absatz 2 der kirchlichen Wahlordnung vom 23. 4. 1958 (VBl. S. 36) wird unter Aufhebung der „Anordnung und Anweisung zur Durchführung der kirchlichen Wahlordnung“ vom 1. 6. 1953 (VBl. S. 52) verordnet, was folgt:

I.

Gemäß § 5 der kirchlichen Wahlordnung (WO) wird die Durchführung der Ältestenwahlen angeordnet.

II.

Bei der Durchführung der Wahlen ist folgende Zeittafel einzuhalten:

Zeittafel für die Ältestenwahlen 1959

1. Erste Aufforderung zur Anmeldung zur Wählerliste innerhalb des allgemeinen Wahlverfahrens	5. April
2. Anmeldefrist	5. - 25. April
3. Aufstellung der Wählerliste	27. April - 2. Mai
4. Bekanntgabe der Auflegung der Wählerliste (Hinweis auf Einspruchsmöglichkeit)	3. Mai
5. Auflegung der Wählerliste	3. - 9. Mai
6. Erste Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen	3. Mai
7. Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge	3. - 23. Mai

8. Bekanntgabe der Wahlvorschlagsliste (Hinweis auf Einspruchsmöglichkeit)	31. Mai
9. Auflegung der Wahlvorschlagsliste	31. Mai - 3. Juni
10. Bekanntgabe des Wahltermins	7. Juni

Der Wahlakt kann ab 14. Juni stattfinden und sollte spätestens am 5. Juli durchgeführt werden.

Damit kann die Neubildung der Ältestenkreise bzw. Kirchengemeinderäte noch vor Beginn der Sommerferien abgeschlossen werden. Von den neugebildeten Ältestenkreisen sind dann im Laufe des Spätjahres und Winters die Bezirkssynodalen und von den neugebildeten Bezirkssynoden die Mitglieder der Landessynode zu wählen. Die neu bestellte Landessynode wird sich voraussichtlich im Frühjahr 1960 in ihrer ersten Tagung konstituieren.

III. Wahlbezirk und Gemeindevahlausschuß

Die Pfarrämter und Pfarrvikariate werden gebeten, bis spätestens zum **5. März den Dekanaten Vorschläge für die Besetzung der durch die Bezirkswahlausschüsse zu bildenden Gemeindevahlausschüsse** zu machen.

1. Der für die Durchführung des Wahlverfahrens zuständige Gemeindevahlausschuß besteht aus dem Pfarrer und 2-4 Gemeindegliedern, welche die Befähigung zum Ältestenamtsbesitz (§ 2 Abs. 2 WO). Da es sich

nach dem Sinn der Wahlordnung bei dem Gemeindevwahlausschuß um ein ausschließlich für das Wahlverfahren zuständiges Gremium handelt, das von der Körperschaft unabhängig ist, deren Neubildung das Wahlverfahren dient, sollen jetzt im Amt befindliche Älteste nicht als Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses vorgeschlagen werden. (Über die mögliche Kandidatur von Mitgliedern des Gemeindevwahlausschusses zum Ältestenamt vgl. Abschnitt VIII Ziffer 3.) Die Ältestenkreise haben jedoch über die Vorschläge zur Besetzung der Gemeindevwahlausschüsse ebenso wie über die im folgenden (Ziff. 2) behandelte Festlegung der Wahlbezirke mitzuentcheiden. Überhaupt sind die Ältestenkreise, denen in Gemeinschaft mit dem Pfarrer die Leitung der Gemeinde obliegt (§ 22 Abs. 3 der Grundordnung = GO), in besonderer Weise und unbeschadet der Zuständigkeiten des Gemeindevwahlausschusses für die rechte Vorbereitung und Durchführung der Wahl verantwortlich.

2. a) Grundsätzlich ist für jede **Pfarrgemeinde** ein Gemeindevwahlausschuß zu bestellen (§ 2 Abs. 2 WO) und bildet die Pfarrgemeinde als Wahlbezirk den Zuständigkeitsbereich des Gemeindevwahlausschusses (§ 6 Abs. 2 WO). Eine Pfarrgemeinde bilden die Glieder der Landeskirche, die durch ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt einem Pfarramt, einem Pfarrvikariat oder einer Predigtstelle zugewiesen sind (§ 10 GO). Zum Wahlbezirk gehören auch Gemeindeglieder, die sich zu dem für den Wahlbezirk zuständigen Pfarramt oder Pfarrvikariat im ganzen abgemeldet haben (vgl. § 58 Abs. 2 u. 3 GO). Predigtstelle in diesem weiteren Sinne ist mit regelmäßigem (d. h. wöchentlichem oder 14täglichem) Gottesdienst gleichbedeutend. Damit ist der Nebenort in der Regel und der Diasporaort vielfach Pfarrgemeinde. In der geteilten Kirchengemeinde kann die Neubildung – abgesehen von der Neuerrichtung von Pfarrstellen oder Pfarrvikariaten – insbesondere in neuen Siedlungsgemeinden an der Peripherie von Stadtgemeinden in Betracht kommen. Bei der Festlegung der Wahlbezirke ist von der grundsätzlichen Erwägung der GO und der WO auszugehen, daß jede um das Wort versammelte Gemeinde die Möglichkeit haben soll, eigene Älteste herauszustellen, die in Gemeinschaft mit dem Pfarrer diese Gemeinde in dienender Liebe leiten und aufbauen. Die Ordnung der Gemeinde in der GO geht aus von der Gemeinde im neutestamentlichen Sinne: „Gemeinde ist da, wo evangelische Christen sich um Gottes Wort versammeln“ (§ 9 GO) und anerkennt die Mitverantwortung des Ältestenkreises für die geistliche Leitung der

Gemeinde (§ 22 Abs. 3 GO). Die Durchführung der Ältestenwahl muß als wichtige Anwendung der Grundordnung dieser Bedeutung des Ältestenamtes für die Gemeinde entsprechen. Gerade für die in der Diaspora liegenden Orte kommt dem Ältestenamt für die Festigung des Gemeindebewußtseins besondere Bedeutung zu. Grundsätzlich wird man es als ein Zeichen lebendiger Gemeinde ansehen dürfen, wenn auch in den der Seelenzahl nach kleinen Pfarrgemeinden eigene Ältestenkreise gebildet werden können. In der Regel wird freilich erst bei einer Seelenzahl von mindestens 100 – 150 die Herausstellung von 4 Ältesten (vgl. § 42 Abs. 2 GO und § 1 WO) geboten erscheinen. Es kommt hier maßgeblich auf die örtlichen Gegebenheiten des kirchlichen Lebens an. Deshalb wird auch davon abgesehen, die Festlegung der Wahlbezirke in die ausschließliche Zuständigkeit des Bezirkswahlausschusses zu legen. Vielmehr ist die **Festlegung der Wahlbezirke** nach dem genannten Maßstab in die verantwortliche **Entscheidung der bereits vorhandenen Ältestenkreise und der zuständigen Pfarrämter und Pfarrvikariate** gestellt. Das Benehmen mit dem Bezirkswahlausschuß wird durch dessen Zuständigkeit für die Bestellung der einzelnen Gemeindevwahlausschüsse (§ 2 Abs. 2 WO) hergestellt. Wo nach der Seelenzahl und den örtlichen Gegebenheiten die Bildung eines eigenen Ältestenkreises in einer Pfarrgemeinde nicht geboten ist, bildet die Pfarrgemeinde zusammen mit einer benachbarten Pfarrgemeinde einen Wahlbezirk (§ 6 Abs. 2 WO). Hierbei besteht die Möglichkeit, bei der Aufstellung der Wahlvorschläge die Vertretung der Pfarrgemeinden, die keinen eigenen Ältestenkreis bilden, durch Aufstellung eines in der Pfarrgemeinde wohnhaften Gemeindegliedes zum Kandidaten zu berücksichtigen.

- b) Angesichts der Bedeutung des Ältestenamtes sollte für die Festlegung der Wahlbezirke die Frage nicht entscheidend ins Gewicht fallen, ob und wie die an den Diasporaorten und Nebenorten gebildeten Ältestenkreise an dem Kirchengemeinderat des Hauptortes zu beteiligen sind, dem nach der GO vorwiegend Verwaltungsaufgaben übertragen sind und die Sorge dafür obliegt, daß die äußeren Voraussetzungen für ein gedeihliches Leben der Kirchengemeinde vorliegen. Das Anliegen der GO, der lebendigen Gemeinde, dort wo sie vorhanden ist, in dem Ältestenkreis eine verantwortliche Repräsentation zu schaffen, geht den Interessen an bestimmten Mehrheitsverhältnissen im Kirchengemeinderat vor. Für das Ver-

hältnis von Haupt- und Nebenort bestimmt § 42 Abs. 2 GO, daß die Ältesten des Nebenortes zusammen mit den Ältesten des Hauptortes und dem Pfarrer den Kirchengemeinderat bilden. § 42 Abs. 3 GO sagt: „Zählt ein Kirchspiel mehrere Nebenorte, für die Älteste bestellt sind, so kann in einer Gemeindegatzung Vorsorge getroffen werden, daß im Kirchengemeinderat die Zahl der Ältesten des Hauptortes durch die Zahl der Ältesten der Nebenorte nicht überschritten wird.“ Wird von einer derartigen Satzung abgesehen, so gilt der für den Kirchengemeinderat in der geteilten Kirchengemeinde in § 31 GO allgemein aufgestellte Verteilungsschlüssel. Für das Verhältnis zwischen dem am Diasporaort gebildeten Ältestenkreis und dem Kirchengemeinderat der zugehörigen Kirchengemeinde, von deren Pfarrstelle aus die Pastoration erfolgt, gibt die GO keine ausdrückliche Regelung. Grundsätzlich wird man davon auszugehen haben, daß nur die im Kirchspiel der Kirchengemeinde selbst gelegenen Pfarrgemeinden und ihre Ältestenkreise an der Bildung des Kirchengemeinderats zu beteiligen sind. Den Interessen der in Frage stehenden Pfarrgemeinden ist durch eine entsprechende Anwendung der für die geteilte Kirchengemeinde in § 33 GO getroffenen Regelung Rechnung zu tragen.

IV. Ergänzung der Wählerliste

1. Die Wählerliste legt den Kreis der wahlberechtigten Gemeindeglieder fest. Um für eine möglichst große Wahlbeteiligung eine äußere Voraussetzung zu schaffen, ist das Verfahren der **Anmeldung zur Wählerliste** in der neuen Fassung der WO in folgenden Punkten, die zugleich der missionarischen Funktion der WO Rechnung tragen sollen, gelockert worden:

- a) Die Anmeldung zur Wählerliste und das damit verbundene schriftliche Bekenntnis zur Wahl als Dienst an der Gemeinde ist nur für die **erstmalige Eintragung** in die Wählerliste erforderlich (§ 9 Abs. 1 WO). Wer also bereits in die Wählerliste eingetragen ist, besitzt insoweit die Wahlfähigkeit. Darauf sollte bei der Aufforderung zur Anmeldung zur Wählerliste ausdrücklich hingewiesen werden. Es ist zweckmäßig, hierbei noch hinzuzufügen, daß alle diejenigen, die über ihren Eintrag in die Wählerliste im unklaren sind, diesen Zweifel durch Einblick in die Wählerliste innerhalb der Anmeldefrist beseitigen und gegebenenfalls die Anmeldung vornehmen.
- b) Die Anmeldung zur Wählerliste braucht nicht mehr grundsätzlich persönlich vor-

genommen zu werden, sondern kann auch schriftlich erfolgen (§ 10 WO). In diesem Zusammenhang dürfte sich die Herstellung eines Vordrucks empfehlen, in dem zugleich nochmals über Sinn und Zweck der Kirchenwahlen aufgeklärt wird.*) Derartige Vordrucke können im Zusammenhang mit entsprechenden Abkündigungen im Gottesdienst zum Empfang nach dem Gottesdienst aufgelegt oder aber auch den nach dem Lebensalter und dem Wohnsitz wahlfähigen Gemeindegliedern in das Haus geschickt werden. Wählt man das letztgenannte Verfahren, so sollten möglichst alle wahlfähigen Gemeindeglieder des Wahlbezirks durch Zusendung der Drucksache zur Teilnahme an der Wahl eingeladen werden, damit auch hier der Anschein einer ausgesonderten „Wahlgemeinde“ vermieden wird.

Eine gedruckte Einladung zur Anmeldung muß in dem für die schriftliche Anmeldung bestimmten Abschnitt des Vordrucks die vom Gemeindeglied abzugebende Erklärung über Sinn und Bedeutung der kirchlichen Wahl (§§ 13 GO, 10 WO) im Wortlaut wiedergeben, die sich das Gemeindeglied bei seiner schriftlichen Anmeldung durch Unterzeichnung des Vordrucks zu eigen macht.

Zur persönlichen Anmeldung zur Wählerliste sollte insbesondere im Anschluß an die Gottesdienste Gelegenheit gegeben werden, in denen zur Anmeldung aufgefordert worden ist. Die Anmeldelisten können etwa am Ausgang der Kirche oder in der Sakristei ausliegen, wobei Kirchenälteste oder Mitglieder des Gemeindegliederausschusses zur Entgegennahme der Anmeldung zur Verfügung stehen sollten. Die Abgabe der in Frage stehenden Versicherung über den Sinn der Wahl ist auch bei diesem Verfahren dadurch zu erleichtern, daß der Wortlaut der Versicherung am Kopf der Anmeldeliste in einer besonderen Spalte aufgenommen ist und die Anmeldenden in dieser Spalte ihre eigenhändige Unterschrift vollziehen.

- c) Die Wahlordnung (§ 13) macht es den Gemeinden zur Pflicht, in regelmäßigen Zeitabständen die Gemeindeglieder, welche in der Wählerliste noch nicht eingetragen sind, die Fähigkeit dazu aber besitzen, zur Anmeldung einzuladen. Für diese Ergänzung der Wählerlisten im Laufe der Wahlperiode ist die entsprechende Anwendung der Bestimmungen über das Verfahren bei der Ergänzung der Wählerliste bei den allgemeinen Neuwahlen vorgeschrieben (§ 13

*) Ein Muster eines solchen Vordrucks liegt bei.

Satz 2 WO). Dies würde u. a. bedeuten, daß auch für die Ergänzung der Wählerliste im Laufe der Wahlperiode jeweils eine Anmeldefrist zu setzen und nach Ablauf derselben die ergänzte Wählerliste innerhalb einer Woche zur Einsichtnahme durch die wahlfähigen Gemeindeglieder aufzulegen ist. Im jetzigen Stadium der zu Ende gehenden Wahlperiode und der Vorbereitung der allgemeinen Neuwahlen kann davon ausgegangen werden, daß die im Interesse einer möglichst umfangreichen Ergänzung der Wählerliste zu empfehlende **alsbaldige Öffnung der Wählerliste** in das im April beginnende allgemeine Wahlverfahren selbst einmündet und die Einsicht in die zwischenzeitlichen Ergänzungen durch die im allgemeinen Wahlverfahren vorzunehmende Auflegung der Wählerliste mit gewährleistet ist. Wird jetzt die Wählerliste zur Ergänzung geöffnet, so bieten die für das allgemeine Wahlverfahren in diesem Zusammenhang vorgeschriebene Aufforderung und die Anmeldefrist von mindestens 10 und höchstens 21 Tagen (vgl. § 9 Abs. 3 WO, nach der Zeittafel 5. – 25. April) nur die letzte Gelegenheit, die Wahlfähigkeit für die jetzt vorzubereitende allgemeine Kirchenwahl zu erlangen.

V. Aktive und passive Wahlfähigkeit

1. In der neuen Fassung der WO ist das **Wahlalter** für die aktive Wahlfähigkeit auf das 21. (§ 14 GO, § 8 Ziff. 1 WO) und für die passive Wahlfähigkeit auf das 25. Lebensjahr (§ 16 Abs. 1 Ziff. b GO) herabgesetzt. Das in Frage stehende Lebensalter muß im Wahlmonat vollendet sein. Damit wird auch der jungen Gemeinde der Weg zu verantwortlicher Mitwirkung bei der Leitung der Gemeinde geöffnet.
2. Im übrigen gelten die materiellen Voraussetzungen der aktiven und passiven Wahlfähigkeit im wesentlichen unverändert und kann wegen der Erläuterungen der einzelnen Voraussetzungen auf Abschnitt B der Anordnung und Anweisung zur Durchführung der kirchlichen Wahlordnung vom 1. 6. 1953 (Vbl. S. 52 ff.) verwiesen werden, der im Anhang auszugsweise abgedruckt ist und insoweit einen Bestandteil dieser Verordnung bildet. Ergänzend sei auf folgendes aufmerksam gemacht:
 - a) Die Grundordnung geht bei der Regelung der **aktiven Wahlfähigkeit** – im Gegensatz zu der Ordnung der passiven Wahlfähigkeit, in der bestimmte positive Voraussetzungen aufgestellt werden – grundsätzlich von der Vermutung aus, daß jedes Gemeindeglied, welches das 21. Lebensjahr vollendet hat und sich zur Eintragung

in die Wählerliste anmeldet, zur Teilnahme an der Wahl berechtigt ist. Diese Vermutung wird durch das Vorliegen bestimmter in der GO (§ 15) aufgeführter Tatbestände eines offenkundig kirchenfeindlichen Verhaltens, eines unehrbaren Lebenswandels oder einer Verletzung und Nichtachtung kirchlicher Ordnung entkräftet. Bei Vorliegen der genannten Tatbestände verliert das Gemeindeglied in der Regel die Wahlfähigkeit und darf nicht in die Wählerliste eingetragen werden (§ 8 Ziff. 3 WO) bzw. ist es bei Eintritt oder Feststellung dieses disqualifizierenden Tatbestandes nach Eintrag wieder aus der Wählerliste zu streichen (§ 17 GO in Verbindung mit § 14 WO).

- Die genannten Voraussetzungen für den Verlust der aktiven Wahlfähigkeit sollen den Gemeindegliedern bei seiner Entscheidung nicht gesetzlich unabdingbar binden, sondern Richtlinien sein für die aus kirchlicher Einsicht und geistlicher Verantwortung vorzunehmende Überprüfung der Wahlfähigkeit. Diesen Ermessensspielraum für den Gemeindegliedern hebt die GO in § 15 Ziff. 3 Abs. 2 für den weitgefaßten Tatbestand der Verletzung und Nichtachtung kirchlicher Ordnung (insbesondere durch Unterlassen der Kindertaufe, der kirchlichen Unterweisung und kirchlichen Trauung) mit der Feststellung der Heilung derartiger in der Vergangenheit liegender Mängel durch kirchliche Bewährung in der Folgezeit beispielhaft selbst hervor. Bestehen Bedenken gegen die Eintragung eines Gemeindegliedes, so hat der Gemeindegliedern alsbald den Sachverhalt zu klären und erforderlichenfalls das Gemeindeglied in einer Aussprache auf die Bedenken hinzuweisen und gegebenenfalls Wege zu ihrer Beseitigung aufzuzeigen.
- b) Bei Überprüfung der aktiven Wahlfähigkeit kann der missionarischen Funktion der Wahlordnung in größerem Umfang Rechnung getragen werden als hinsichtlich der Voraussetzungen der passiven Wahlfähigkeit. Ein Vergleich der die aktive Wahlfähigkeit einerseits und die passive Wahlfähigkeit andererseits bestimmenden kirchlichen Qualifikationen (§ 15 und § 16 GO) zeigt, daß im Grunde nur die **passive Wahlfähigkeit** durch das gesteigerte Erfordernis einer regelmäßigen Teilnahme an dem gottesdienstlichen Leben der Gemeinde (§ 16 Abs. 1 Ziff. e GO) und das Gelöbnis eines beispielhaften christlichen Familien- und Berufslebens (§ 18 Abs. 2 GO am Ende) an die Zugehörigkeit zur **Kerngemeinde** anknüpft. Die in der Grundordnung anerkannte Bedeutung des Ältestenamtes, wonach die Ältesten berufen sind, „in

Gemeinschaft mit dem Pfarrer die Gemeinde zu leiten und mit ihm die Verantwortung dafür zu tragen, daß der Gemeinde Gottes Wort rein und lauter gepredigt wird und die Sakramente in ihr recht verwaltet werden" (§ 22 Abs. 3 GO), setzt Persönlichkeiten voraus, die mit Ernst Christen sein wollen.

- c) Ist damit für die passive Wahlfähigkeit insbesondere — was für die Diaspora von praktischer Bedeutung sein wird — die Voraussetzung evangelischer Trauung und Kindererziehung (§ 16 Abs. 1 Ziff. d GO) grundsätzlich unabdingbar, so sind doch auch hier Ausnahmen nicht ganz ausgeschlossen. In diesem Sinne stellt bereits die Anordnung und Anweisung zur Durchführung der kirchlichen Wahlordnung vom 1. 6. 1953 als Richtlinie auf: „Nur in ganz vereinzelt Fällen, in denen etwa Gemeindeglieder vor langen Jahren ihre Ehe katholisch geschlossen und damals auch ihre Kinder im katholischen Glauben haben erziehen lassen, sich aber seit Jahren im Gemeindeleben treu bewährt haben, kann beim Landewahlausschuß um einen Dispens nachgesucht werden“. Der Antrag ist mit einer ausführlichen Schilderung der konkreten Umstände des Falles zu begründen.
- d) Wenn es auch unter den gesetzlichen Voraussetzungen der passiven Wahlfähigkeit nicht ausdrücklich aufgeführt ist, so sei doch allgemein darauf hingewiesen, daß nur solche Gemeindeglieder zu Ältesten vorgeschlagen werden sollten, die auch körperlich und geistig in der Lage sind, die dem Ältesten zukommenden Aufgaben wirklich zu erfüllen. Wer gesundheitlich oder durch Alter körperlich z. B. so behindert ist, daß er keine Hausbesuche machen kann, wird für das Ältestenamnt nicht geeignet sein (vgl. in diesem Zusammenhang auch § 19 Abs. 3 GO; nach dieser Bestimmung kann, wenn Dienstunfähigkeit des Ältesten eintritt, seine Entlassung beim Bezirkskirchenrat durch den Ältestenkreis beantragt werden).

VI. Bekanntmachungen des Gemeindegliederwahlausschusses

Die neue Fassung der WO schreibt in § 5 Abs. 2 im Interesse eines möglichst weiten Bekanntwerdens der für die Durchführung des Wahlverfahrens notwendigen Akte vor, daß die Bekanntmachungen des Gemeindegliederwahlausschusses außer in den gottesdienstlichen Abkündigungen in sonst geeigneter Weise (Presse, Anschlag, Handzettel, Anschreiben u. ä.) erfolgen.

VII. Aufstellung der Wählerliste

Nach Ablauf der Anmeldefrist stellt der Gemeindegliederwahlausschuß die überprüfte Wählerliste in alphabetischer Reihenfolge neu zusammen und gibt im nächsten Gottesdienst und in sonst geeigneter Weise bekannt, daß die Wählerliste innerhalb einer Woche zur Einsichtnahme durch die wahlfähigen Gemeindeglieder aufgelegt ist (§ 12 Abs. 1 WO). Die Auflegung muß so geschehen, daß einerseits die Einsicht nicht erschwert, andererseits aber auch die Wählerliste nicht irgendwie gefährdet ist. Es ist nicht erforderlich, daß die Wählerliste den ganzen Tag zur Einsicht aufliegt, vielmehr kann die Einsichtnahme auf bestimmte Tageszeiten beschränkt werden, zumal wenn es anders nicht möglich ist, die erforderliche Aufsicht über die Einsichtnahme durchzuführen. Nach Beendigung der Auflegungsfrist ist auf der Wählerliste die Zeit der Auflegung zu beurkunden und diese Beurkundung vom Gemeindegliederwahlausschuß zu unterzeichnen.

VIII. Wahlvorschläge

1. Zugleich mit der Auflegung der Wählerliste ist die Gemeinde aufzufordern, innerhalb einer Einreichungsfrist von 3 Wochen dem Gemeindegliederwahlausschuß Wahlvorschläge vorzulegen (§ 15 WO). Die Aufforderung muß zugleich die Zahl der zu wählenden Ältesten angeben (vgl. die veränderte Tabelle in § 1 WO). Die Zahl der Ältesten ist nach dem neuesten Stand der Seelenzahl der Pfarrgemeinde zu berechnen.
2. In erster Linie wird es in die Initiative des Ältestenkreises und der einzelnen Gemeindeglieder gestellt sein, die für das Ältestenamnt geeigneten Männer und Frauen zu suchen und zu gewinnen, und die für eine Kandidatur Gewonnenen in einzelnen Wahlvorschlägen zusammenzufassen. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 20, und in Gemeinden mit mehr als 1000 Seelen von mindestens 30 wahlfähigen Gemeindegliedern unterzeichnet sein (§ 17 WO).
3. Auch ein Mitglied des Gemeindegliederwahlausschusses kann in die Wahlvorschlagsliste aufgenommen werden. Hat der Gemeindegliederwahlausschuß hinsichtlich eines zum Ältesten vorgeschlagenen Mitglieds eine Entscheidung gemäß §§ 19 oder 20 WO zu fällen, so darf dieses Mitglied nicht mitwirken. Gegebenenfalls wird man den Gemeindegliederwahlausschuß durch Gemeindeglieder, die nicht kandidieren, ergänzen müssen (nachträgliche Einsetzung durch den Bezirkswahlausschuß gemäß § 4 Abs. 1 WO).
4. Schon bei der Aufstellung der Wahlvorschläge ist auf § 20 GO Rücksicht zu nehmen, der bestimmt: „Ehegatten sowie Verwandte

und Verschwägere im ersten und zweiten Grad können nicht gleichzeitig Älteste der gleichen Pfarrgemeinde sein. Bei Zusammenreffen hat der an Lebensjahren Jüngere auszuscheiden, wenn eine andere Vereinbarung zwischen den beteiligten Ältesten nicht erfolgt. Ein Ältester hat zurückzutreten, wenn er in dem in Satz 1 bezeichneten Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnis zum Pfarrer steht."

5. Um naheliegenden Pflichten- und Interessenkollisionen bei der Amtsausübung zu begegnen, schreibt § 16 Abs. 2 GO jetzt ausdrücklich vor: „Wer von der Gemeinde hauptamtlich angestellt ist, soll das Amt eines Ältesten nicht bekleiden; dasselbe gilt für Kirchenrechner und Kirchensteuerheber.“
6. Der Kandidat hat schriftlich seine Bereitschaft zur Ablegung des Ältestengelübdes zu erklären (§ 16 WO). In diesem Zusammenhang empfiehlt es sich, daß der Pfarrer mit den zu Ältesten vorgeschlagenen Gemeindegliedern ein Gespräch über das Ältestenamts führt.
In jedem Falle kann auf die Wahlvorschlagsliste nur gesetzt werden, wer sich mit seiner Kandidatur ausdrücklich einverstanden erklärt hat.
7. Jedes wahlfähige Gemeindeglied kann nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Vorgeschlagene können nicht zugleich Unterzeichner des Wahlvorschlages sein.
8. Der Wahlvorschlag darf höchstens 3 Namen mehr enthalten, als Älteste zu wählen sind (§ 18 WO). Enthält der Wahlvorschlag weniger Namen, so ist er deshalb doch gültig. Es sind auch Vorschläge mit nur einem Namen zulässig. Wird nur ein Wahlvorschlag eingereicht, dann findet eine Wahl doch statt, weil nicht Listen, sondern Personen gewählt werden. Auch wenn die Zahl der Vorgeschlagenen nur die Zahl der zu wählenden Ältesten erreicht oder gar noch unter dieser Zahl liegt, muß gewählt werden. Hier ist eine echte Wahl insofern noch möglich, als ein Vorgeschlagener überhaupt keine Stimme erhalten und dann nicht das Ältestenamts übernehmen kann.
9. Durch geeignete Vorbereitung der Wahl, die möglichst weiten Kreisen der Gemeinde das Anliegen der kirchlichen Wahl nahebringt, ist alles daran zu setzen, daß möglichst mehrere Wahlvorschläge aufgestellt werden und, wo nur ein Wahlvorschlag vorbereitet wird, dieser wenigstens die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl von Ältesten (vgl. § 1 WO) enthält. Die neue Fassung der Wahlordnung sieht in § 26 für den Fall, daß kein Wahlvorschlag eingereicht wird, grundsätzlich die vom Oberkirchenrat anzuordnende erneute Wahl und erst als letzte Möglichkeit

die Berufung der Ältesten durch den Bezirkswahlausschuß nach Anhörung des Gemeindevahlausschusses vor. Geht kein Wahlvorschlag ein, so ist daher umgehend dem Evang. Oberkirchenrat zu berichten.

10. Die Ältestenwahl ist als allgemeine Wahl auch dort durchzuführen, wo die im Amt befindlichen Ältesten erst im Laufe der zu Ende gehenden Wahlperiode 1953/59, etwa bei Errichtung neuer Pfarrstellen oder durch Ergänzungswahlen, gewählt worden sind. Die in § 19 GO festgelegte Amtszeit der Ältesten von 6 Jahren bezieht sich, wie die genannte Bestimmung jetzt klarstellt, ausschließlich auf die allgemeine Wahlperiode. Mit der jetzigen allgemeinen Wahl endet also das Amt aller Kirchenältesten, auch derer, die etwa erst vor kurzem gewählt wurden.
11. Der Gemeindevahlausschuß stellt die Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs auf einer Liste zusammen und legt diese Wahlvorschlagsliste zur Einsichtnahme auf (vgl. das Nähere in § 20 WO).
Es sollte sich von selbst verstehen, daß der Gemeindevahlausschuß nach Eingang eines Wahlvorschlages die Einsender unverzüglich auf etwaige Mängel des Wahlvorschlages aufmerksam macht und ihnen damit Gelegenheit zur Heilung des Mangels innerhalb der Wahlvorschlagsfrist gibt. Besteht der Mangel darin, daß ein zum Ältesten vorgeschlagenes Gemeindeglied oder einer der Unterzeichner des Wahlvorschlages nicht in der Wählerliste eingetragen und insoweit nicht wahlfähig ist, so kann eine nachträgliche Ergänzung der Wählerliste nur für den besonderen Ausnahmefall verantwortet werden, daß a) die Eintragung unverschuldet unterblieben ist und b) die Voraussetzungen der aktiven bzw. passiven Wahlfähigkeit für den Gemeindevahlausschuß (nach der übereinstimmenden Auffassung seiner Mitglieder) außer Zweifel stehen. Durch geeignete Vorbereitung der Wahl müssen derartige Ausnahmefälle möglichst verhindert werden. Dies ist schon deshalb notwendig, weil, je weiter das Wahlverfahren fortgeschritten ist, bei einer nachträglichen Ergänzung der Wählerliste die in diesem Zusammenhang an sich erforderliche Offenlegung derselben praktisch nicht mehr durchzuführen sein wird.
12. In Gemeinden, in denen die Gemeindeglieder nicht untereinander schon bekannt sind, empfiehlt es sich sehr, das Interesse an der Wahl und die Möglichkeit einer echten Auswahl durch eine Vorstellung der Kandidaten zu fördern. Diese wird am besten in einer Gemeindeversammlung vorgenommen, in der im Zusammenhang mit der Vorstellung der Kandidaten wirksam für eine starke Wahlbeteiligung der Gemeindeglieder geworben werden kann.

IX. Die Wahl

1. Der **Stimmzettel** enthält die anerkannten Namen der Wahlvorschläge in alphabetischer Reihenfolge (§ 23 Abs. 2 WO). Befindet sich ein Kandidat in mehreren Wahlvorschlägen, so erscheint er auf dem Stimmzettel nur einmal und kann deshalb von dem einzelnen Wähler auch nur mit einer Stimme gewählt werden. Dies entspricht dem der WO zugrunde gelegten System reiner Personenwahl.
2. Der Gemeindevwahlausschuß setzt unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten den **Zeitpunkt der Wahl** fest. Hierbei ist tunlichst eine noch ausstehende Erledigung der nach der WO zulässig eingelegten Einsprüche und Beschwerden zu berücksichtigen (vgl. in diesem Zusammenhang auch unten Abschnitt X Ziffer 3). Nach dem Zeitplan (s. oben Abschnitt II) stehen 4 Sonntage für den Wahlakt zur Verfügung. Wenn ein Pfarrer neben der Muttergemeinde noch eine Filialgemeinde oder Neben- bzw. Diasporaorte zu bedienen hat, in denen eigene Pfarrgemeinden bestehen, müssen naturgemäß die Wahlgottesdienste zu verschiedenen Tageszeiten angesetzt werden. Die Verhältnisse verlangen unter Umständen auch, daß verschiedene Tage für die Durchführung des Wahlaktes bestimmt werden. Nach der WO ist es nicht erforderlich, daß die Wahlhandlung an einem Tage abgeschlossen wird. In der Diaspora werden wahrscheinlich mehrere Wahlgottesdienste an verschiedenen Sonntagen oder auch an Werktagen in den Abendstunden abgehalten werden müssen.
3. Zur **Wahlhandlung** selbst ist zu bemerken:
 - a) Die Wahl wird mit einem Gottesdienst eingeleitet. Nach Abschluß des gottesdienstlichen Teiles sind der Gemeinde die für den Wahlakt notwendigen Bestimmungen der WO bekanntzugeben und im Anschluß daran die erforderlichen Anweisungen des Gemeindevwahlausschusses mitzuteilen.
 - b) Die Wahl ist **geheim** (§ 23 Abs. 1 Satz 1 WO). Sinn und Zweck der geheimen Wahl ist, die Freiheit des Wählers in seiner Entscheidung dadurch zu sichern, daß die Urheberschaft seines Stimmzettels nicht festgestellt werden kann. Es müssen daher in der Kirche Vorrichtungen getroffen werden, die diesem Erfordernis genügen.
 - c) Im Interesse einer möglichst großen Wahlbeteiligung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken dagegen, wenn die Stimmzettel schon vor dem Wahltag etwa beim Ausgang aus einem Gottesdienst oder aber auch in die Wohnungen der in die Wählerliste eingetragenen Gemeindeglieder ausgegeben werden. Für den Fall,

daß die Ausfüllung des Stimmzettels in der Wohnung des Gemeindegliedes erfolgt, verlangt es die Geheimhaltung der Wahl, daß diese Ausweitung des Wahlaktes mit einer eindringlichen Belehrung darüber verbunden ist, die Ausfüllung des Stimmzettels unbeeinflußt und ohne Einblick Dritter vorzunehmen und ihn bis zur Abgabe an der Wahlurne zu verwahren. Dieses Verfahren kann technisch u. a. dadurch erleichtert werden, daß zugleich mit den Stimmzetteln einheitliche Umschläge ausgehändigt werden.

- d) Bei aller mit einer formalrechtlichen Auflockerung des Wahlverfahrens bezweckten Förderung des Anliegens, den Stimmzettel möglichst vielen wahlfähigen Gemeindegliedern in die Hände zu geben, darf doch der Charakter der Wahl als höchst persönlicher und keine Stellvertretung zulassender Rechtsakt nicht eingeschränkt werden. Es ist deshalb unzulässig, daß am Wahltag eine Person mehrere, — auch in Briefumschlägen verschlossene — Stimmzettel etwa von Familiengliedern, Verwandten oder Bekannten abgibt. Eine derartige Stimmabgabe kann das Wahlergebnis insofern beeinflussen, als es in den Willen des einzelnen gestellt ist, ob und wieviel der ihm zur Abgabe an der Wahlurne ausgehändigten Stimmzettel er tatsächlich in die Wahlurne wirft.

Unvereinbar mit der Wahlordnung ist auch eine „Briefwahl“, bei der der Wähler seinen Wahlzettel in einen der bei der Wahl allgemein verwendeten Umschläge steckt und diesen in einem gewöhnlichen Briefumschlag dem Pfarramt oder dem Gemeindevwahlausschuß übersendet, damit dieser am Wahltag den Umschlag mit dem Wahlzettel in die Wahlurne wirft. Auch bei einem derartigen Verfahren kann sich eine Reihe von Fehlern einschleichen, die verhindern, daß der einzelne Stimmzettel auch wirklich in die Wahlurne gelangt.

Es bestehen keine Bedenken dagegen, daß der Gemeindevwahlausschuß einem erkrankten Gemeindeglied auf dessen Wunsch die Teilnahme an der Wahl dadurch ermöglicht, daß Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses mit der Wahlurne in die Wohnung des betreffenden Gemeindegliedes kommen.

- e) An Stelle der Bezeichnung der gewählten Personen durch eine fortlaufende Nummerierung der auf dem Stimmzettel aufgeführten Namen durch den Wähler ist nach der neuen Fassung der WO (§ 23 Abs. 2) das einfache Ankreuzen der Namen getreten. Der Wähler darf soviel Namen

ankreuzen, als Älteste zu wählen sind. Eine darüber hinausgehende Bezeichnung macht den Stimmzettel ungültig. Es empfiehlt sich, auf dem Stimmzettel selbst einen Vermerk etwa folgenden Inhalts anzubringen: „Auf dem Stimmzettel dürfen höchstens so viele Namen angekreuzt werden, als Älteste zu bestellen sind, also in unserer Gemeinde . . . Namen. Zettel, auf denen mehr Namen angekreuzt sind, sind ungültig.“

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die bisher mittels der fortlaufenden Numerierung bezweckte Bestellung von Ersatzältesten in der neuen Fassung der WO weggefallen ist. Es ist von Gemeinden oft als mißlich empfunden worden, wenn es dem Ältestenkreis bei einer notwendig werdenden Ergänzung durch Kooptierung innerhalb der Wahlperiode verwehrt ist, eine nach den gegenwärtigen Umständen für das Ältestenamt besonders geeignete Persönlichkeit zu berufen, solange noch Ersatzälteste vorhanden sind, die bei der allgemeinen Ältestenwahl — vielleicht nur mit einer geringen Anzahl von Stimmen — gewählt worden sind.

- f) Der Gemeindevwahlausschuß hat bei dem Wahlakt die verschlossene, nur mit einem Einwurfschlitz versehene Wahlurne, die Wählerliste und das Wahlprotokoll vor sich. Sobald der Wähler seine Stimme abgegeben hat, wird dies in der Wählerliste in der betreffenden Spalte vermerkt.
- g) Über den Wahlvorgang wird ein Protokoll geführt. Das Protokoll muß folgende Tatsachen feststellen:
- aa) Tag und Ort der Wahl, Zeitpunkt ihres Beginnes und ihres Endes;
 - bb) die anwesenden Mitglieder des Wahlausschusses;
 - cc) die Art der Ausgabe der Stimmzettel (z. B. Stimmzettel wurden an die Gemeindeglieder verteilt nach den Gottesdiensten am . . .
oder durch Zusendung in die Wohnung;
oder: die Stimmzettel wurden nach Abschluß des gottesdienstlichen Teiles der Wahl an die Gemeindeglieder verteilt, welche in der Kirche die Möglichkeit der Kennzeichnung der zu Wählenden hatten).

Kommt ein zweiter oder dritter Teil des Wahlaktes zu verschiedenen Zeiten in Frage, so ist etwa zu beurkunden: Um . . . Uhr wurde der Wahlakt beendet und der Einwurfschlitz der Wahlurne durch Anlegung von Klebestreifen oder durch Versiegelung verschlossen. Bei Wiederauf-

nahme des Wahlaktes ist zu beurkunden: Die anwesenden Mitglieder des Wahlausschusses stellen fest, daß der Verschluß der Wahlurne unbeschädigt ist.

4. Feststellung des Wahlergebnisses

- a) Nach Abschluß des Wahlaktes oder des letzten Teiles des Wahlaktes stellt der Gemeindevwahlausschuß das Wahlergebnis fest. Auch über diesen Vorgang ist ein Protokoll aufzunehmen, in welchem insbesondere festgestellt werden muß:
- aa) Ort und Zeit der Verhandlung und deren Teilnehmer,
 - bb) Feststellung, daß der Verschluß der Wahlurne unbeschädigt ist,
 - cc) Zahl der abgegebenen Stimmzettel, der gültigen und der ungültigen, Zahl der Stimmen für jeden Ältesten.

Die Protokolle über den Wahlvorgang und das Wahlergebnis können in einer Urkunde vereinigt sein. Sie sind von den Mitgliedern des Wahlausschusses zu unterzeichnen.

- b) Zum Ältesten ist gewählt, wer die meisten Stimmen hat. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los (§ 23 Abs. 3 WO). Der Gemeindevwahlausschuß legt eine Liste an, welche die auf dem Stimmzettel genannten Kandidaten aufführt, und in der ein Mitglied des Wahlausschusses hinter dem Namen des Kandidaten jeweils die für ihn abgegebenen Stimmen einträgt.
- c) Die vom Gemeindevwahlausschuß als ungültig festgestellten Stimmzettel sind in einem besonderen Umschlag zu sammeln, der mit einer entsprechenden Aufschrift zu versehen ist.
- d) Das Wahlergebnis ist der Gemeinde am Sonntag nach der letzten Wahlhandlung im Gottesdienst bekanntzugeben mit dem Hinweis auf die Möglichkeit einer Anfechtung der Wahl (vgl. des näheren § 24 WO).
- e) Wird die Wahl angefochten, so ist das gesamte Wahlmaterial, d. h. also der Text aller Bekanntmachungen und Aufforderungen des Gemeindevwahlausschusses, die Anmeldeliste, die Wählerliste, die Wahlvorschlagsliste, die Stimmzettel sowie die Protokolle über die Wahlhandlung, dem Evang. Oberkirchenrat zur Vorlage an den für die Entscheidung zuständigen Landewahlausschuß einzureichen.
- f) Sind nach dem Wahlergebnis weniger Älteste gewählt, als § 1 WO vorschreibt, so ergänzt sich der Ältestenkreis durch Zuwahl (§ 27 Abs. 1 WO). Sind nur die Hälfte der gesetzlich vorgeschriebenen Anzahl von Ältesten oder noch weniger gewählt, so hat der Bezirkswahlausschuß für die noch frei gebliebenen Sitze eine

erneute Wahl anzuordnen (§ 27 Abs. 2 Satz 1 WO).

X. Rechtsbehelfe im Wahlverfahren

1. Der Gemeinde wird durch öffentliche Auflegung der Wahlunterlagen (Wählerliste, Wahlvorschlagsliste) eine Kontrolle der aktiven und passiven Wahlfähigkeit der in die Wählerliste aufgenommenen Gemeindeglieder ermöglicht und gegebenenfalls ein Einspruchsrecht gewährt sowie der Beschwerdeweg zum Bezirkswahlausschuß eröffnet (vgl. §§ 12 und 20 WO).
2. Dem Rechtsschutz des einzelnen Gemeindegliedes dienen die entsprechenden Rechtsbehelfe, falls seine Eintragung in die Wählerliste abgelehnt oder er im Verlauf des Wahlverfahrens aus der Wählerliste oder der Wahlvorschlagsliste gestrichen und dadurch seine kirchliche Mitgliedschaft einschneidend beschränkt wird (vgl. §§ 11 und 19 WO).
3. Durch Einlegung von Rechtsbehelfen (Ziffer 1 u. 2) wird die Durchführung des Wahlverfahrens nicht gehemmt (vgl. § 11 Abs. 3 WO und die auf diese Bestimmung bezüglichen späteren Verweisungen in der WO). Damit begründete Rechtsbehelfe sich jedoch möglichst noch auf das laufende Wahlverfahren auswirken können, sind die zur Entscheidung über die Rechtsbehelfe zuständigen Gemeindeglieder und Bezirkswahlausschüsse zur beschleunigten Erledigung des Streitfalles verpflichtet. Um eine Überprüfung durch die Rechtsmittelinstanz zu erleichtern, sind die Ablehnung der Aufnahme in die Wählerliste sowie der Verlust der Wahlfähigkeit in einer mit Gründen versehenen Entscheidung des Gemeindegliederschusses auszusprechen (§ 17 GO).

XI. Einführung der Ältesten

Wird eine Anfechtung nicht geltend gemacht, oder ist darüber endgültig entschieden, so sind die Ältesten in einem Gottesdienst einzuführen (§ 18 GO und § 28 WO). Die Ablegung des Ältestengelübdes erfolgt in der Weise, daß der Pfarrer das Ältestengelübde in Frageform vorlegt und die Ältesten einzeln antworten: „Ja, mit Gottes Hilfe“. Älteste, die das Amt schon einmal ausgeübt haben, können sich auf das frühere Gelübde berufen (vgl. § 18 Absatz 4 GO).

XII. Wahl der Bezirks- und Landessynodalen

Die Anweisungen zur Durchführung der Wahl der Bezirkssynodalen und der Landessynodalen ergehen später.

Karlsruhe, den 12. Februar 1959

Evang. Oberkirchenrat:
Wend t

Anhang zu Abschnitt V Ziffer 2:

Auszug aus Abschnitt B der Anordnung und Anweisung zur Durchführung der kirchlichen Wahlordnung vom 1. 6. 1953 (VBl. S. 52)

B

Voraussetzung für die Aufnahme in die Wählerliste

1. Die Fähigkeit zu wählen und die Möglichkeit, in die Wählerliste aufgenommen zu werden, verliert:
 - a) wer sich offenkundig kirchenfeindlich betätigt. Ein Zweifel kann hier eigentlich nicht bestehen. Es muß „offenkundig“ kirchenfeindliche Betätigung vorliegen. Wer in einer Gemeinde gegen den Pfarrer oder kirchentreue Glieder hetzt, wer es darauf anlegt, Leute von der Kirche abwendig zu machen oder das kirchliche Gut zu schädigen, wer also eine Gesinnung offen an den Tag legt, aus der hervorgeht, daß er ein ausgesprochener Gegner der Kirche ist, verliert die Fähigkeit zu wählen;
 - b) . . .
 - c) wer nach § 15 Ziffer 3 GO die kirchliche Ordnung verletzt oder nicht achtet, insbesondere durch die Tatbestände, wie sie unter § 15 Ziffer 3 a – c GO aufgeführt sind.

Es muß grundsätzlich der kirchlichen Einsicht, dem geistlichen Urteil und dem Verantwortungsbewußtsein der Gemeindeglieder im einzelnen überlassen bleiben, hier die Entscheidungen zu treffen.

Immerhin kann aber von hier aus gesagt werden:

Wenn jemand überhaupt nie zum Gottesdienst kommt und sich auch sonst, ohne durch Krankheit oder sonstige zureichende Gründe verhindert zu sein, am kirchlichen Leben überhaupt nicht oder seit Jahren nicht beteiligt, so verletzt er damit die kirchliche Ordnung, und es kann in einem solchen Fall eine Zurückweisung erfolgen. Es wird sich hier aber fragen, ob nicht ein solcher sich Anmeldender in ein seelsorgerliches Gespräch zu ziehen ist, dessen Ergebnis vielleicht dazu führt, ihn für die Kirche wieder zurückzugewinnen und ihn dann auch in die Wählerliste aufzunehmen.

Zur Ordnung unserer Kirche gehört auch die Kindertaufe. Wer sie unterläßt, kann in die Wählerliste nicht aufgenommen werden.

Die kirchliche Ordnung verletzt auch, wer seine Kinder ohne triftigen Grund und ohne Not von der kirchlichen Unterweisung und der Konfirmation fernhält.

§ 15 Ziffer 3 Abs. 2 GO gibt die Möglichkeit, besonders in der Diaspora Evangelischen, die vielleicht in früheren Jahren unserer Kirche gleichgültig gegenübergestanden sind, nun aber wieder zu ihr zurückgefunden haben, die Wählerfähigkeit zuzuerkennen.

- d) Nach § 15 Ziffer 5 GO verliert die Wählerfähigkeit, „wer nicht voll geschäftsfähig ist“. Dieser Ausdruck ist ein rechtstechnischer und auch nur als solcher zu verwenden. Nicht voll geschäftsfähig ist, wer

- a. sich in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit befindet, sofern nicht der Zustand seiner Natur nach ein vorübergehender ist,
 b. wegen Geisteskrankheit entmündigt ist (§ 104 Ziff. 2 u. 3 BGB),
 c. wegen Geistesschwäche, wegen Verschwendung oder wegen Trunksucht entmündigt, oder wer nach § 1906 BGB unter vorläufige Vormundschaft gestellt ist (§ 114 BGB).

Bekanntmachung.

OKR. 24. 1. 1959 **Die Mitglieder des Landes-**
 Nr. 27181 **wahlausschusses betr.**
 Az. 11/0

Der Landeskirchenrat hat gemäß § 3 Abs. 1 der kirchlichen Wahlordnung vom 23. 4. 1958 (Vbl. S. 36) durch Beschluß vom 9. 12. 1958 den Landeswahlausschuß für die Wahlperiode 1959/65 wie folgt bestellt:

Rechtsanwalt Dr. Adolf Hager in Heidelberg

Oberkirchenrat Professor D. Otto Hof in Karlsruhe

Prälat D. Hermann Maas in Heidelberg

Dekan Georg Urban in Bretten

Oberstudienrat Georg Weis in Müllheim

Oberkirchenrat Professor Dr. Günther Wendt in Karlsruhe.

Mit dem Vorsitz ist Oberkirchenrat Professor Dr. Wendt beauftragt.

Anmerkung

Jedem Pfarramt und Pfarrvikariat gehen **5 Stücke** dieser Nummer des Gesetzes- und Ver-

ordnungsblattes zu. Falls weitere Exemplare benötigt werden, bitten wir, diese alsbald bei der Expeditur des Evang. Oberkirchenrats zu bestellen. Dort stehen auch noch **Abdrucke der Grundordnung der Landeskirche einschl. Einführungsgesetz und kirchl. Wahlordnung** vom 23. 4. 1958 in beschränktem Umfang zur Verfügung.

Vordrucke für die Anmelde- und die Wählerliste können beim Evang. Presseverband für Baden in Karlsruhe, Blumenstr. 1, bezogen werden.

Besuchszeiten beim Evang. Oberkirchenrat: Mittwoch und Donnerstag von 10 – 12 Uhr und 15.30 – 17 Uhr.

Diese Besuchszeiten sollten möglichst eingehalten werden. Da Dienstag Sitzung des Oberkirchenrats ist, sollten – von ganz dringenden Fällen abgesehen – an diesem Tage keine Besuche stattfinden.

Rechtzeitige schriftliche Anmeldung ist erforderlich.